



Nichts über uns ohne uns!

Manifest für einen gerechten Strukturwandel

Unsere Branchen und Arbeitsplätze verändern sich radikal. Der Strukturwandel ist bereits im Gange. Die Pandemie, der Krieg in der Ukraine und die Energiepreiskrise beschleunigen das Tempo des Wandels. Industriebeschäftigte in ganz Europa haben immer wieder ihre Stimme erhoben – wir brauchen politische Entscheidungsträger*innen, die uns zuhören und unverzüglich reagieren.

JUST NICHTS
ÜBER UNS
OHNE UNS!
TRANSITION

Ein gerechter Strukturwandel erfordert die Stimme der Industriebeschäftigten.

Warum ein Manifest für einen gerechten Strukturwandel?

Dieses Manifest ist unsere Botschaft an die politischen Entscheidungsträger*innen in Europa. An diejenigen, die weitreichende klimapolitische Maßnahmen festlegen und umsetzen, die unsere Industriebranchen, Unternehmen und Arbeitsplätze tiefgreifend verändern und ganze Regionen umgestalten werden.

Wir fordern die politischen Entscheidungsträger*innen auf, einen gerechten Strukturwandel zu gewährleisten. Einen Übergang zu einer grünen Wirtschaft, der für ALLE Arbeitnehmer*innen gerecht ist, einen Übergang, der keine Arbeitsplätze zerstört, sondern hochwertige Arbeitsplätze erhält und schafft. Einen Übergang, der vorausschauend geplant und gestaltet und mit den Arbeitnehmer*innen über jeden Aspekt, der sie betrifft, verhandelt wird. ‚Nichts über uns ohne uns!‘

Es ist zu begrüßen, dass der Begriff ‚gerechter Übergang/Strukturwandel‘ endlich zum allgemeinen Sprachgebrauch der europäischen Politiker*innen und nationalen Entscheidungsträger*innen gehört. **Es ist nun an der Zeit, über die reine Rhetorik hinauszugehen.**

Unser Manifest und die begleitenden Studien liefern den politischen Entscheidungsträger*innen Belege aus ganz Europa für die Folgen des grünen Strukturwandels auf lokaler Ebene, für das Engagement der Gewerkschaften bei der vorausschauenden Planung und Bewältigung des Wandels und für die Hindernisse, denen sie sich gegenübersehen. Es enthält detaillierte Forderungen nach einem umfassenden Rahmenwerk für einen gerechten Strukturwandel, das angemessene Ressourcen vorsieht, auf einer umfassenden politischen Planung beruht, die Rechte der Beschäftigten fördert und stärkt und die Gewerkschaften durch einen intensiven sozialen Dialog einbezieht. Die Dringlichkeit für einen solchen Rahmen hat sich in dem unbeständigen Kontext, in dem wir uns befinden, nur noch verstärkt. Europa darf keine größeren regionalen und sozialen Ungleichheiten riskieren.

Gerechter Strukturwandel bedeutet, die Wirtschaft auf faire und alle einbeziehende Weise umzugestalten, um hochwertige Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Die Beteiligung der Arbeitnehmer*innen und ihrer Gewerkschaften an der vorausschauenden Planung und sozialen Bewältigung des industriellen Wandels ist eine Voraussetzung dafür: ‚Nichts über uns ohne uns!‘

Fakten untermauern unsere Forderungen und die Dringlichkeit zum Handeln

- Die Ausgangslage ist in jedem Land und jeder Region anders, und es gibt keine Patentlösung. Wir müssen von den besten Praktiken lernen und diese umsetzen.
- Gut funktionierende Systeme der Arbeitsbeziehungen und ein starker Sozialstaat schaffen das Vertrauen, das die Beschäftigten brauchen, um den Strukturwandel als Chance zu begreifen.
- Die Schwächung des sozialen Dialogs gefährdet den gerechten Strukturwandel unmittelbar. Wir müssen diesen Trend umkehren.
- Starke Volkswirtschaften mit einem hohen Maß an Investitionen in Spitzentechnologie unterstützen die Gewerkschaften bei der Bewältigung des Strukturwandels.
- Wirtschaftliche Abhängigkeit und ausländische Beteiligungen führen zu Unsicherheit über Unternehmensstrategien und schränken die Fähigkeit ein, einen gerechten Strukturwandel zu erreichen. Dies betrifft vor allem Gewerkschaften aus Mittel- und Osteuropa.
- Die sich abzeichnenden Maßnahmen für einen gerechten Übergang sind zu eng gefasst, und es fehlt ihnen an finanzieller Schlagkraft und Ehrgeiz, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen.

Jetzt ist es an der Zeit zu Handeln!

Unser Manifest für einen gerechten Strukturwandel

Eine Industriepolitik im Sinne ambitionierter Klimapolitik und hochwertiger Arbeitsplätze

Der Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft hängt von einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Industrie ab. Unsere Industrien bieten europaweit 30 Millionen hochwertige Arbeitsplätze und liefern Lösungen für die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft. Sie brauchen eine unterstützende Industriepolitik.

IndustriAll Europe fordert

1. Eine aktualisierte EU-Industriestrategie, die Folgendes sicherstellt:
 - Demokratisch mitgestaltete Wege für den Übergang
 - Zugang zu erschwinglicher, dekarbonisierter Energie sowie zu strategischen Rohstoffen und Komponenten
 - Investitionen in die Transformation von Industriestandorten und Infrastruktur
 - Fairen Wettbewerb auf den EU- und internationalen Märkten, auch im Hinblick auf die Kohlenstoffkosten
 - Schaffen von Leitmärkten für innovative Produkte.
2. Einen Sozialdialog zur Gestaltung der Industriepolitik, um das Innovationspotenzial der Arbeitnehmer*innen zu nutzen.
3. Eine Überarbeitung der Verordnung über die Governance der Energieunion und die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, umfassende Pläne für einen gerechten Übergang im Zusammenhang mit den nationalen Energie- und Klimaplänen zu entwickeln. Die Gewerkschaften müssen im Rahmen des sozialen Dialogs zwingend einbezogen werden.
4. Ein „European Just Transition Observatory“ (eine europäische Beobachtungsstelle für den gerechten Strukturwandel) zur Überwachung der Umsetzung aller Strategien und Maßnahmen im Zusammenhang mit dem europäischen Grünen Deal.
5. Die bessere Einbeziehung junger Menschen in die Planung des Strukturwandels und die Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse.
6. Vielfalt und Gleichheit, um sicherzustellen, dass die besten Ideen und Innovationen aller Menschen in unserer Gesellschaft berücksichtigt werden.



Finanzierung des Strukturwandels

Ein gerechter Strukturwandel ist nicht kostenlos, aber die Kosten schlecht bewältigter Übergänge sind für den Einzelnen, die Regionen und die Gesellschaft insgesamt viel höher. Um die Klimaziele auf faire und integrative Weise zu erreichen, sind höhere öffentliche Ausgaben erforderlich, die jedoch langfristig zu Einsparungen für die Gesellschaft führen können.

IndustriAll Europe fordert

1. Eine EU-Economic Governance, die Dekarbonisierung und einen gerechten Strukturwandel unterstützt, sowie eine gerechte Steuer- und Preispolitik.
2. Ein Wettbewerbsrecht und Regeln für staatliche Beihilfen, die unser Netto-Null-Ziel unterstützen.
3. Eine EU-Finanzierungsstrategie für die Regionen Europas, die einen gerechten Strukturwandel unterstützt. Die Verwendung der EHS-Einnahmen zur Stärkung der Instrumente für einen gerechten Strukturwandel.
4. Eine stärkere Ausrichtung der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds auf die Anforderungen der Transformation, indem Industrieunternehmen mit den Finanzmitteln konkret in ihren Wandlungsprozessen unterstützt werden können.
5. Die Ausweitung des „Partnerschaftsprinzips“ auf alle relevanten EU-Fonds. Dies bedeutet eine systematische Beteiligung der Gewerkschaften an der Gestaltung, Umsetzung und Überwachung von EU-finanzierten Programmen, um sicherzustellen, dass sie die Arbeitnehmer*innen und Gemeinschaften erreichen.
6. Die soziale Konditionalität der EU-Mittel, um sicherzustellen, dass sie Tarifverhandlungen, hochwertige Arbeitsplätze und hochwertige Ausbildungsplätze unterstützen. Befristete und prekäre Arbeitsverträge müssen begrenzt werden, gute Löhne und der Zugang zu Schulung müssen gewährleistet sein.
7. Das Berücksichtigen von Belangen der geschlechtsspezifischen und personellen Vielfalt in den Plänen für einen gerechten Strukturwandel.



Stärkere Tarifverhandlungssysteme und Sozialdialog

Starke Tarifverhandlungssysteme und Sozialdialog sind eine Voraussetzung für einen gerechten Strukturwandel. Sie versetzen die Sozialpartner in die Lage, Lösungen zu diskutieren und auszuhandeln, die negative Folgen für die Beschäftigung abmildern und während des gesamten Strukturwandels qualitativ hochwertige Arbeitsplätze garantieren.

IndustriAll Europe fordert

1. Stärkere Rechte auf effektive Tarifverhandlungen und das Recht, Gewerkschaften beizutreten und zu gründen, um die Stimme der Arbeitnehmer*innen bei der Umsetzung der Klimapolitik zu stärken.
2. Die Erhöhung der Tarifbindung.
3. Den Aufbau, Wiederaufbau und die Stärkung des sozialen Dialogs und der Tarifverhandlungsstrukturen auf allen Ebenen in ganz Europa.
4. Eine Konditionalität im öffentlichen Beschaffungswesen, um sicherzustellen, dass die beauftragten Unternehmen sich an Tarifverhandlungen beteiligen.
5. Das Nutzen des Europäischen Semesters, der Europäischen Säule sozialer Rechte und des mehrjährigen Finanzrahmens, um Regierungen und Sozialpartner zu zwingen, gut funktionierende Tarifverhandlungsstrukturen zu schaffen.
6. Das Bereitstellen von EU- und nationalen Mitteln für den Aufbau von Kapazitäten für den sozialen Dialog und Tarifverhandlungen.
7. Das Stärken und Umsetzen der Europäischen Säule sozialer Rechte und die Verpflichtung zur Förderung von Tarifverhandlungen und zur Erhöhung der Tarifbindung in allen Mitgliedstaaten.
8. Die vollständige Umsetzung der ILO-Übereinkommen und der Beschlüsse des Europarats über das Recht auf Zugang zu Tarifverhandlungen in allen Mitgliedstaaten und für alle Arbeitnehmer*innen.



Ein Instrumentarium von Arbeitnehmerrechten und Unternehmenspflichten zur vorausschauenden Planung und Gestaltung des Wandels

Der Übergang zu einer dekarbonisierten Industrie wird letztlich auf Unternehmensebene vollzogen. Ein alle einschließender und gerechter Strukturwandel kann nur erreicht werden, wenn die Arbeitnehmer*innen und ihre Vertreter*innen ein Mitspracherecht haben.

IndustriAll Europe fordert

1. Einen EU-Rechtsrahmen zur Antizipation und Bewältigung des gerechten Strukturwandels auf Unternehmensebene, der sich am Cercas-Bericht aus dem Jahr 2013 orientiert und verbindliche Regeln für die rechtzeitige und angemessene Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter*innen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene sowie soziale Garantien für die Beschäftigten vorsieht.
2. Verpflichtende Pläne für einen gerechten Übergang in allen Unternehmen unter umfassender Einbeziehung von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter*innen. Der entsprechende Vorschlag in den EU-Richtlinienentwürfen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen und zur Sorgfaltspflicht muss erheblich verbessert werden, einschließlich eines erweiterten Anwendungsbereichs und detaillierter Anforderungen hinsichtlich der industriellen, wirtschaftlichen und sozialen Dimension des Plans.
3. Soziale Auflagen für nationale oder EU-Mittel von denen Unternehmen profitieren, um sicherzustellen, dass die industriellen Strategien der Unternehmen die Arbeitnehmerrechte achten.
4. In den Unternehmen müssen Vertrauensleute für Fragen des gerechten Strukturwandels eingesetzt werden, die den Beauftragten für Arbeits- und Gesundheitsschutz entsprechen. Diese müssen das Recht haben, bei Bedarf eine spezielle Schulung zu erhalten und an der Planung des Strukturwandels in den Unternehmen beteiligt werden.



Bewältigung neuer Qualifikationsanforderungen und ein Recht auf hochwertige Berufsbildung und lebenslanges Lernen für alle Beschäftigten

Ein gerechter Strukturwandel erfordert die Unterstützung des Übergangs von einem Arbeitsplatz zum anderen, einschließlich der erforderlichen Umschulung und Höherqualifizierung der Arbeitskräfte. Wir müssen in unsere Bildungssysteme investieren, um neue Ausbildungsprogramme für die sich verändernden und neu entstehenden Berufsprofile der grünen Wirtschaft zu entwickeln.

IndustriAll Europe fordert

1. Ein persönliches Recht auf Qualifizierung bzw. Weiterbildung und lebenslanges Lernen sowie die Verpflichtung zur Entwicklung einer strategischen Beschäftigungs- und Kompetenzplanung auf Unternehmens-, Branchen- und regionaler Ebene unter umfassender Einbeziehung von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter*innen.
2. Das Einbinden der Gewerkschaften in die Gestaltung von Kompetenzstrategien für die grüne Wirtschaft auf allen Ebenen. Den Sozialpartnern kommt bei der Ermittlung des Qualifizierungsbedarfs, der Aktualisierung der Qualifikationsprofile und der Beratung der Beschäftigten eine Schlüsselrolle zu.
3. Ein Recht auf Beschäftigungsübergänge für jede*n Arbeitnehmer*in durch Gesetz oder Tarifvertrag (entsprechend der nationalen Praxis).
4. Eine genaue Analyse der Arbeitsmarktentwicklung auf NUTS 3- Ebene zur Ermittlung des Arbeitskräftepools und der Fertigkeiten, um Übergänge von einem Arbeitsplatz zum anderen und Weiterbildungspfade zu ermöglichen.
5. Investitionen der Unternehmen in eine zukunftssichere Fachkräftebasis. Die Mitgliedstaaten müssen alle verfügbaren EU-Mittel für nationale Kompetenzstrategien nutzen, um die öffentlichen Mittel für lebenslanges Lernen nachhaltig aufzustocken.
6. Die zügige Annahme der vorgeschlagenen Empfehlung des Rates zum Beitrag der Bildung zu ökologischer Nachhaltigkeit.
7. Das rasche Umsetzen der bereits angenommenen Empfehlungen des Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen, zur beruflichen Aus- und Weiterbildung für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz und zu einem Europäischen Rahmen für hochwertige und nachhaltige Lehrlingsausbildung.

